

Beschäftigungsprogramme armutsfest gestalten

Mit dem Beschäftigungsprogramm „Bremen produktiv und integrativ“ wird das Ziel verfolgt, Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen und damit vor allem in den sozial besonders betroffenen Stadtteilen auf eine sozialräumliche Verbesserung der sozialen Lage hinzuwirken. Dies steht im Kontext der beschäftigungspolitischen Orientierung, umzusteuern von Ein-Euro-Jobs auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, und der sozial-politischen Orientierung, einer sozialen Spaltung der Stadt entgegenzutreten.

Das Ziel, durch die Beschäftigung Menschen aus dem sozialen Hilfebezug herauszulösen, wird bislang nur höchst unzureichend bewirkt. Grund dafür ist die niedrige Entlohnung. Sie bemisst sich an den Vergütungsgruppen der Rahmenvereinbarung des Verbands Bremer Beschäftigungsträger (VBB, heute VaDiB = Verband arbeitsmarktpolitischer Dienstleister im Land Bremen). Diese waren 2005 sogar gesenkt worden und sehen für einfache Tätigkeiten eine Eingruppierung mit 1.000 Euro Brutto vor, was für Alleinstehende 770 Euro Netto entspricht.

Viele Beschäftigte haben dadurch jetzt weniger Geld, als sie mit einem Ein-Euro-Job hatten, und sind auf ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen. Sie müssen weiterhin Mittel bei der BAfG bzw. der ARGE Job-Center Bremerhaven beantragen. Dies ist nicht nur sozial- und beschäftigungspolitisch verheerend, sondern auch haushaltspolitisch kontraproduktiv. An den Hilfen zum Lebensunterhalt ist die Kommune mit 71 Prozent beteiligt.

Um Armutsfestigkeit zu gewährleisten, müssen die Vergütungsgruppen angehoben werden. Damit den Beschäftigungsträgern dies überhaupt möglich ist, müssen die stellenbezogenen Zuschüsse im Programm erhöht werden. Der finanzielle Gesamtumfang des Programms „Bremen produktiv und integrativ“ muss entsprechend erweitert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich für eine armutsfeste Entlohnung der Beschäftigten in den öffentlichen Beschäftigungsprogrammen des Landes einzusetzen. Ziel ist eine Gestaltung der Vergütung die gewährleistet, dass zumindest allein stehende Beschäftigte nicht mehr auf ergänzende soziale Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen sind.
2. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, unverzüglich Gespräche mit dem Verband Arbeitsmarktpolitischer Dienstleister im Land Bremen (VaDiB) aufzunehmen – mit dem Ziel einer armutsfesten Anhebung der Vergütungsgruppen in der Rahmenvereinbarung, die seinerzeit noch vom VBB festgelegt wurde. An den höheren Arbeitgeberkosten hat sich das Land durch eine Anhebung der stellenbezogenen Zuschüsse entsprechend zu beteiligen, so dass für die gemeinnützigen Beschäftigungsträger weitgehend eine Kostenneutralität der Anhebung der Vergütungsgruppen erreicht wird.
3. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, das Budget des laufenden Beschäftigungsprogramms „Bremen produktiv und integrativ“ in dem Umfang aufzustocken, wie es zur Finanzierung der Armutsfestigkeit ohne

Reduzierung der Stellenanzahl notwendig ist. Die Mittel sind durch Umwidmung innerhalb des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) zur Verfügung zu stellen.

Inga Nitz, Klaus-Rainer Rupp, Peter Erlanson, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE

Quelle: <http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/beschaefigungsprogramme-armutsfest-gestalten/>